

Beschluss der LDK am 15. Nov. 2003 in Oldenburg

Mehr Kommune – weniger Staat

Die niedersächsischen Kommunen stehen vor einer ungewissen Zukunft. Gewaltige Defizite und fehlende Investitionsmittel, Unsicherheiten über angekündigte Veränderungen in der Struktur der Landesverwaltung, bevorstehende Reformen im Sozial- und Beschäftigungssektor sowie ein wachsender Einfluss europäischer Wettbewerbsregelungen prägen das Bild. Dem offenkundig sinkenden Interesse an örtlicher Politik steht ein wachsender Bedarf an kommunalem Engagement für den sozialen Zusammenhalt, die Verbesserung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der Standorte und für die Gestaltung attraktiver Lebensbedingungen gegenüber.

Zukunftsfähigkeit der Kommunen erhalten

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen stehen für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung als wichtiges Element der Bürgergesellschaft. Die Zukunftsfähigkeit dieses Modells steht und fällt mit

- der Installierung eines Systems der Gemeidefinanzierung, dass ein ausreichendes Einnahmeniveau sichert und die Kommunen von der Finanzierung von Lohnersatzleistungen für Beschäftigungslose entlastet. (Ein wesentlicher Bestandteil der kommunalen Einnahmen sollte über die Gewerbesteuer, die auch ertragsunabhängige Elemente beinhalten sollte, erfolgen);
- der Veränderung der Aufgabenteilung zwischen Staat und Kommune zu Gunsten der örtlichen Ebene;
- der Akzeptanz der kommunalen Selbstverwaltung als Element der nationalen/regionalen Identität durch die Europäische Union;
- dem Schutz von Kernbereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge vor einem unangemessenen Liberalisierungsdruck
- und nicht zuletzt, mit EinwohnerInnen, die sich verstärkt in der kommunalen Politik engagieren und bürgerschaftliches Engagement zeigen.

Abbau von Bürokratie

Die überfällige Staatsmodernisierung in Niedersachsen sollte nicht nur zur Veränderung der Verwaltungsstrukturen, sondern vorrangig zu einem Abbau von bürokratischen Hemmnissen und zur Effizienzsteigerung genutzt werden. Allerdings darf nicht jede von Lobbyisten beklagte Regelung, zum Beispiel im Verbraucherschutz, als bürokratischer Auswuchs denunziert werden.

E-Government-Offensive

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien bieten enorme Möglichkeiten, zeit- und ortsunabhängig kommunale Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Wir fordern eine landesweite E-Government-Offensive, die die zu erwartenden Entwicklungsschübe nutzt.

Niedersachsen (Standort der weltgrößten Messe für Informations- und Kommunikationstechnologie !) sollte beim Einsatz des E-Governments seine Betulichkeit aufgeben und eine innovative Rolle übernehmen.

Mehr kommunale Kompetenzen

Bei der Verlagerung von bisher vom Land wahrgenommenen Aufgaben geben wir der kommunale Ebene vor der Neueinrichtung von zentralen Kompetenzzentren deutlich den Vorzug. Für diese Lösung sprechen die Gesichtspunkte der BürgerInnennähe und der Dienstleistungsorientierung, die Beachtung regionaler Besonderheiten und Kompetenzen sowie strukturpolitische Erwägungen. Wobei die Aufgabenverlagerung nur unter Zuweisung entsprechender Personal- und Sachmittel, der strikten Beachtung des Konnexitätsprinzips, erfolgen darf.

Die Kommunalisierung staatlicher Aufgaben stößt auf Grenzen, wo

- Entscheidungen zu treffen und Aufgaben (z.B. im Naturschutz) zu erledigen sind, die in ihren Auswirkungen regelmäßig überregionale Bedeutung haben,
- bei Genehmigungsverfahren nach dem BimSchG. Hier favorisieren wir die Bündelung in staatlichen Genehmigungsgrenzen.

Fehlende Voraussetzungen in Niedersachsen

Allerdings sind Voraussetzungen für eine ersatzlose Abschaffung der Bezirksregierungen und eine daraus folgende flächendeckende Aufgabenverlagerung aus der Mittelinstanz auf die kommunale Ebene in Niedersachsen nicht gegeben. Sie müssten durch die Bildung von regionalen Gebietskörperschaften oder die Einrichtung interkommunaler Zweckverbände erst geschaffen werden. Die große Spannweite bei der EinwohnerInnenzahl der niedersächsischen Landkreise und kreisfreien Städte mit Landkreisen von deutlich unter 100.000 steht einer gewünschten Stärkung der kommunalen Ebene entgegen. Mit der Bildung der Region Hannover verfügt Niedersachsen seit dem Jahr 2001 über ein bundesweit anerkanntes Modell für regionale Verwaltungsstrukturen in einem Ballungsraum, mit dem eine Ausgleich zwischen Großstadt und Umland geschaffen und erhebliche Synergieeffekte erzielt werden.

Für ländliche Regionen ist mit Unterstützung des Landes ein adäquates Modell zu entwickeln, in das die spezifischen örtlichen Gegebenheiten entfließen müssen.

Regionalisierung als Teil der Staatsmodernisierung

Die Ziele einer konsequenten Staatsmodernisierung und Verwaltungsstrukturreform zum Vorteil der kommunalen Ebene können in Niedersachsen nur dann erreicht werden, wenn die Bildung von regionalen Gebietskörperschaften auch zum Ziel der Landespolitik erhoben wird.

Die Aussichten für Regionsbildungen sind deutlich besser, als es die Gegner dieser Reform, oft ausschließlich unter Hinweis auf die Schwierigkeiten bei der vor 30 Jahren durchgeführten Gebietsreform, glaubhaft machen wollen. Aus heutiger Sicht und mit Blick auf die Zukunft ist leicht erkennbar, dass die Verbesserung der regionalen Kooperation, die Förderung regionaler

Wirtschaftsstrukturen und die Anpassung der Verwaltungsstrukturen an veränderte Rahmenbedingungen unverzichtbare Voraussetzungen für den Erhalt und den Ausbau der Standortqualitäten darstellen. Viele kommunale Aufgaben lassen sich in regionalen Strukturen wirkungsvoller und effizienter erbringen. Die gestiegene Mobilität der EinwohnerInnen bewirken eher regional geprägte Lebensstile, bei denen administrative Grenzen eine untergeordnete Rolle spielen.

Gesellschaftliches Engagement auf der lokalen Ebene unverzichtbar
Wir GRÜNE wollen, dass die Menschen sich aktiv in das gesellschaftliche Leben einbringen. Dies geschieht in der Regel im näheren Umfeld. Dort wo die Strukturen überschaubar und die Effekte des Engagements schnell sichtbar werden. Hier haben die Städte bzw. die Stadtteile und die Gemeinden eine unverzichtbare Funktion zu erfüllen. Auch deshalb muss eine Regionalisierungsstrategie eine Stärkung der Kompetenzen der Städte und Gemeinden beinhalten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen in Niedersachsen die Bildung von regionalen Gebietskörperschaften fördern und den kommunalen Ebenen größere Verantwortung übertragen. Der aktuelle Prozess der Staatsmodernisierung muss dazu genutzt werden, die Möglichkeiten der Regionsbildungen in die Reformüberlegungen einzubeziehen und mit den niedersächsischen Kommunen die Kompetenzen regionaler Gebietskörperschaften und deren räumliche Zuschnitte zu erörtern.
Antragsteller: Landesvorstand